



LUDWIGSBURG

STABSSTELLE GLEICHSTELLUNG

STADT LUDWIGSBURG, Postfach 249, 71602 Ludwigsburg

Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Ministerin Dr. Stefanie Hubig

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37

10117 Berlin

Gleichstellungsbeauftragte

Zeichen: I KW DI

Kontakt: Frau Prof. Dr. Kristina Wolff

Telefon: + 49 7141 910 - 2908

E-Mail: k.wolff@ludwigsburg.de

Ludwigsburg, 30.10.2025

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hubig,

die Stadt Ludwigsburg sieht sich als Impulsgeberin dabei, den Kernauftrag des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention ¹, umzusetzen: Prävention. Dass wir dabei eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen, haben wir mit der Einführung des Ludwigsburger Gedenktages für Mädchen und Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt waren, sind und werden, dem institutionalisierten 10. März, bereits unter Beweis gestellt ².

Mein Name ist Kristina Wolff und (nicht nur) in meiner Rolle als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg begrüße ich die von Ihnen angestrebte Änderung des Strafrechts zum sogenannten „Catcalling“ sehr.

Welche Frau kennt sie nicht, die belästigenden, überwiegend sexistischen Rufe von einem oder mehreren Männern, die uns in unserem Handlungsraum verunsichern und einschränken w/sollen.

So wunderschön unsere Barockstadt ist, wir sind kein Ausnahme-Solitär.

Stattdessen erleben auch wir in unserer Gesellschaft wieder und wieder, wie diese Form verbaler Übergriffe zunimmt und das gemeinschaftliche Miteinander zu Lasten von Mädchen und Frauen jeden Alters verändert.

Mittlerweile erreichen uns regelmäßig Beschwerdebriefe aus der Bevölkerung. In einigen wird bspw. adressiert, dass sich Praxismitarbeiterinnen in ihrer Mittagspause nicht mehr frei im öffentlichen Raum fühlen und Angstzustände haben, wenn sie am Abend alleine zu ihrem Auto laufen müssen.

In Konsequenz dessen leben diese Frauen mit einer Vermeidungsstrategie, d. h. einem Anpassungsverhalten zu ihrem eigenen Nachteil. Das ist aus meiner Sicht eine nicht länger hinnehmbare sekundäre Viktimisierung der Bürgerinnen und Besucherinnen von Ludwigsburg,

¹ <https://rm.coe.int/1680462535>

² <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/gewalt-gegen-frauen-ludwigsburg-startet-als-erste-deutsche-stadt-gedenktage-fuer-opfer-a-2f47f6a9-521b-4c11-b6ac-8164ae924287>



vor der sie seitens des Staates auf Basis der Istanbul-Konvention bereits seit Februar 2018 effizient hätten geschützt sein müssen.

Aus genanntem Grund und auf Grundlage Ihrer Zuständigkeit und Verantwortung bitte ich Sie hiermit dringend darum, Ihre Gesetzesnovelle über die Herbstkonferenz der 96. Konferenz der Justizministerinnen und -minister (JuMiKo) am 7. November 2025 in Leipzig zu finalisieren und die umgehende Implementierung in geltendes Recht zu forcieren.

Denn mit der (überfälligen) Möglichkeit, verbale Belästigung und Beschämung endlich anzeigen und auf eine adäquate Jurisdiktion vertrauen zu können, geben Sie nicht nur den Mädchen und Frauen in Ludwigsburg, sondern allen Betroffenen in Deutschland, einen elementaren Lebensbestandteil zurück: Ihre grundgesetzlich geschützte Freiheit.

Selbstverständlich stehe ich Ihnen bei Fragen jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Ihnen eine nur gute Zeit,

mit freundlichem Gruß aus Ludwigsburg

Prof. Dr. Kristina Felicitas Wolff